

PRESSE-INFORMATION



**ÄRZTEKAMMER
HAMBURG**

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Vorstand unterstützt Berufsgewerkschaften

Für die Grundrechte der Arbeitnehmer

In seltener Einigkeit treiben der deutsche Arbeitgeberverband (BDA) und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ein Vorhaben voran, das nach Ansicht des Vorstandes der Ärztekammer Hamburg eine Bedrohung für die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht von Arbeitnehmern darstellt. Der gemeinsame Entwurf für ein Tarifeinheitsgesetz sieht vor, dass in einem Betrieb nur noch die Tarifverträge der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern im Betrieb gelten sollen. Das wäre das Aus für kleine Gewerkschaften und würde Nachteile für deren Mitglieder bedeuten. Großgewerkschaften bekämen ein Monopol. Das geht selbst dem Gewerkschaftsrat von ver.di zu weit: Er lehnte dies vom Vorsitzenden Frank Bsirske vorangetriebene Projekt mit großer Mehrheit ab.

Auch sieben Berufsgewerkschaften protestierten jetzt gemeinsam in einem offenen Brief gegen das Vorhaben.

Der Vorstand der Ärztekammer Hamburg unterstützt den Protest: „Es kann nicht sein, dass Gewerkschafter dafür eintreten, das Streikrecht auszuhöhlen“, sagt Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg, Vorsitzender des Marburger Bundes in Hamburg und Ehrenvorsitzender des Bundesverbandes. Arbeitnehmer müssten selber entscheiden können, von welcher Gewerkschaft sie sich besser vertreten fühlten. „Es ist grotesk, dass ausgerechnet Gewerkschafter dazu schweigen, wenn Arbeitgeber und Politiker jetzt Schreckensszenarien von lahm gelegten Betrieben an die Wand malen, nur weil Arbeitnehmer ihr Grundrecht wahrnehmen, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen.“ Der langjährige Bundesvorsitzende des Marburger Bundes sieht die Glaubwürdigkeit des DGB und des ver.di-Vorsitzenden erschüttert, wenn die sich für das Ziel der Arbeitgeber einspannen ließe, das da hieße: „So wenig Arbeitskampf und so leichte Verhandlungen wie möglich.“

In dem Brief heißt es unter anderem: „Wir appellieren an alle Mitglieder der DGB-Gewerkschaften, keine Einschränkung von Grundrechten aller Arbeitnehmer zuzulassen. Die Gewerkschaftsfreiheit und das Streikrecht sind unteilbar. Fordern Sie Ihre Gewerkschaftsführung auf, der Initiative für ein Zwangsgesetz zur Tarifeinheit eine klare Absage zu erteilen!“

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: *Dorthe Kieckbusch/Sandra Wilsdorf - 26. Mai 2011*

Pressestelle

der Hamburger Ärzteschaft

Telefon 040/ 20 22 99 200

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekhh.de